

Im Jahre 2006 steht die internationale Staatengemeinschaft mehr als zehn Jahre nach dem Friedensvertrag von Dayton und im siebten Jahr nach dem Krieg der NATO im Kosovo vor der Frage nach der weiteren Zukunft eines multi-ethnischen Staates Bosnien-Herzegowina und dem endgültigen Status der südserbischen Provinz Kosovo. Der Tod des kosovarischen Präsidenten Rugova lässt die bereits vorhandenen Zweifel an einer friedlichen und insbesondere nachhaltigen Lösung weiter wachsen.

Im Vorfeld der im Februar dieses Jahres in Wien begonnenen Gespräche über den Status des Kosovo unter Leitung des Sondergesandten der Vereinten Nationen, des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari, haben Serben und Albaner ihre bekannten Maximalforderungen noch einmal bekräftigt. Während der albanische Delegationsleiter Lutfi Haziri die Unabhängigkeit des Kosovo als Verhandlungsziel unterstrich, betonte der serbische Verhandlungsführer Slobodan Samardzic als Ziel die Selbstverwaltung der Serben im Kosovo als Teil des Staates Serbien-Montenegro. Völkerrechtlich gehört die Provinz nach wie vor zu Serbien-Montenegro; wird jedoch seit 1999 und dem Ende des Kosovo-Krieges von den Vereinten Nationen verwaltet.

Da die Statusfrage als das am schwierigsten zu lösende Problem in Europa angesehen wird, soll in einem ersten Schritt versucht werden, eine Vertrauensbasis zwischen den Konfliktparteien zu schaffen. Daher will man sich mit den künftigen Rechten nationaler Minderheiten, in diesem Falle also der serbischen Minderheit, befassen. Aber bereits bei diesem Punkt sind erhebliche Zweifel berechtigt, haben es doch die OSZE-Teilnehmerstaaten auf ihrem letzten Gipfel 1999 in Istanbul nicht geschafft, den Rechtsstatus nationaler Minderheiten im OSZE-Raum zu stärken. Weder Frankreich, noch Spanien oder Belgien wollten sich mit Blick auf Autonomiebestrebungen im eigenen Land auf eine verbindliche Regelung einlassen, die die Rechte von Minderheiten stärken sollte.

Auch dieser Umstand mag ein Grund dafür sein, dass sich die EU bis heute noch nicht auf eine gemeinsame Position zum künftigen Status des Kosovo einigen konnte. Dabei geht es 2006 nicht nur um das Kosovo, sondern um die mögliche Ver-

änderung der Architektur des südlichen Balkans. In Serbien-Montenegro läuft dieses Jahr die in der Verfassungscharta festgeschriebene dreijährige Probezeit aus. Die Republiken könnten dann über ein Referendum aus der Union ausscheiden.

Wie sehen die Optionen für das Kosovo und für Bosnien-Herzegowina aus? Wie wird sich die Sicherheitslage verändern? Welche Möglichkeiten ergeben sich für Streitkräfte im Rahmen von Friedensmissionen?

Vedran Dzihic beschreibt in seinem Beitrag die Situation in Bosnien-Herzegowina zehn Jahre nach Kriegsende als die eines Landes auf der Suche nach sich selbst, aber auch auf der Suche der eigenen Position in einem gewandelten Europa.

Alexander S. Neu untersucht den Rechtsstatus des Kosovo und leitet hieraus politische Optionen für die Zukunft der Provinz ab.

Vedran Dzihic und **Helmut Kramer** untersuchen die Situation des Kosovo im Jahre 2006 und bilanzieren eine fortdauernde Krise.

Christian Millotat, der als aktiver General der Bundeswehr eigene Einsatzerfahrungen im Kosovo sammeln konnte, geht der Frage neuer Wege bei der Planung und Durchführung militärischer Einsätze im Rahmen von Friedensmissionen nach.

In der Rubrik »Beiträge aus Sicherheitspolitik und Friedensforschung« drucken wir zwei referierte Aufsätze ab: **Christian Schaller** beschäftigt sich aus juristischer Perspektive mit dem Schutz transnationaler Unternehmen in Konfliktgebieten. **Jan Scheffler** lotet die Chancen für die Etablierung eines ständigen europäischen Sitzes im UNO-Sicherheitsrat aus.

Im »Forum« setzt sich **Mandana Biegi** mit dem »Schlesinger Report« zur Menschenrechtslage in Abu Ghraib auseinander. **Barbara Lochbihler** analysiert das Spannungsverhältnis von Sicherheitsproduktion und Menschenrechtsschutz.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich dem Themenschwerpunkt Terrorismusbekämpfung widmen.

Heinz-Dieter Jopp